Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 15

Artikel: Polen hat Sorgen und bereitet Sorgen

Autor: C.B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076678

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur

5. Jahrgang, Nr. 15 | Erscheint alle zwei Wochen | BERN, 22. Juli 1964

Polen hat Sorgen und bereitet Sorgen

Wenn jetzt in Warschau eine kleine Gipfelkonferenz osteuropäischer Länder stattfindet, so steht sie offiziell unter dem Zeichen des heutigen 20. Jahrestages der Befreiung. Unbeschadet der Tatsache, dass am 1. August vor 20 Jahren der Aufstand der Warschauer Bevölkerung gegen die deutsche Besetzungsmacht begann, den die sowjetische Armee Gewehr bei Fuss von der SS niederschlagen liess, weil er nicht unter kommunistischem Kommando stand. Aber für historische Reminiszenzen, seien sie nun echt oder geheuchelt, haben die heutigen Machthaber Osteuropas ohnehin kaum Zeit. Neben der weltweiten Problematik des politisch alles andere als flauen Sommers beschäftigen sie heute zwei besondere Probleme: der sino-sowjetische Streit einerseits und die Wirtschaftsentwicklung im Comecon anderseits. Und für beides ist die polnische Stellungnahme von höchster Wichtigkeit und Dringlichkeit.

Zum ersten dieser Punkte hat der vierte Kongress der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei von Mitte Juni eine Teilantwort gegeben (siehe KB, Nr. 13, S. 1). Parteichef Gomulka stellte sich endlich hinter die sowjetische Forderung einer raschen Einberufung aller kommunistischen Parteien zwecks Abrechnung mit Peking. Wie ernst Moskau dieses Anliegen nimmt, hat sich unterdessen am Brief des sowjetischen Zentralkomitees an die chinesische Parteiführung gezeigt, der zwar vom 15. Juni datiert ist, aber erst vor einer Woche veröffentlicht wurde. Darin spricht die KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) im Namen aller Bruderparteien. Die zeitlich abgestimmte polnische Stellungnahme (als das Dokument des Kremls verfasst wurde) dürfte nachträglich noch bedeutungsvoller sein. Polen hatte der UdSSR diesbezüglich besondere Sorge gemacht. Aber auch jetzt ist das letzte Wort nicht gesprochen.

Erst diesen Sommer ist dem privaten Gastgewerbe in gewissen Fällen wieder eine gewisse Steuererleichterung zugesichert worden, nachdem es in den letzten zwei Jahren steuerpolitisch immer mehr unterdrückt worden war. Dies ist wahrscheinlich nicht eine Konzession an das Privatgewerbe schlechthin, sondern eine Konzession im Dienste des Tourismus. Auch Polen will von der Saison profitieren. Wie «Szpilki» schrieb:

Du findest auch bei uns am Strand zum Bilderknipsen allerhand.

Das zweite Problem, das der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft Comecon (oder Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = RGW) sollte eigentlich für Polen keines sein. Jedenfalls nicht im Sinne einer allfälligen Sonderstellung, wie sie Rumänien einnimmt (siehe KB, Nr. 13, S. 2—3). Was immer am «eigenen Weg Polens» zur Diskussion stand, die RGW-Partnerschaft wenigstens schien zuverlässig (wobei ein gewisses Seilziehen um nationale Interessen heute zu den Gepflogenheiten gehört, ein Sonderfall wäre nachgerade sein Ausbleiben). Aber gerade in diesen Tagen hat die polnische Presse begonnen, die rumänischen Thesen gegen die Comecon-Autorität auffällig objektiv darzulegen. Mit der Versicherung freilich, dass Bukarests Auffassung nicht mit derjenigen Warschaus übereinstimme.

Ein Sonderfall, der es immer weniger ist

Aber: Ist Polen nicht ohnehin ein Sonderfall im kommunistischen Osteuropa? Ein Staat, in dem die kommunistische Doktrin sozusagen eine liberale Ausprägung hat? Der Ruf des Gomulka-Regimes in dieser Hinsicht ist unbestritten. Zeugnis dafür gibt etwa die Ausnahmegunst der amerikanischen Handelspolitik, die erst jetzt auf einen weiteren Comecon-Staat ausgeweitet worden ist: auf Rumänien.

Der Ruf ist auch nicht unbegründet. Polen ist zwar nicht die einzige Volksdemokratie, die offiziell verschiedene Parteien zulässt, aber wohl die einzige, in der eine nichtkommunistische Parteigruppe, wie die katholische «Znak»-Gruppe, im Parlament einen Hauch von Opposition zeigen konnte (sehr, sehr wenig, aber verglichen mit dem Null in den übrigen kommunistischen Staaten . . .). Polen hat eine starke katholische Kirche, die noch keineswegs zum Schweigen gebracht wurde und Rückhalt bei der Bevölkerung findet. Polen hat eine Landwirtschaft, die nur zu einem guten Zehntel kollektiviert ist und im übrigen von Privatbauern geführt wird. Polen hat starke kulturelle Bindungen zum Westen.

IN DIESER NUMMER:

Wo steht Polen heute? 2/3
Informationen in knapper Form 4
Meinungen und Kommentare 5
Chruschtschew und Salazar 6
Der Totenplan 8

BEILAGE:

Kommunistische Streitkräfte: I/II
Sowjetunion
Volkskommunen in China III/IV

Zu diesen Erscheinungen gesellen sich weitere Merkmale einer gelockerten Form kommunistischer Herrschaft. Sie ergeben die berühmte «liberale Atmosphäre», die heute gerne mit derjenigen Ungarns in Parallele gesetzt wird und selbstverständlich nur im eingeschränkten Sinne besteht.

Aber selbst so sind weder die «liberale Atmosphäre» noch die Parallele zu Ungarn so schlüssig. Zwar sind sowohl das heutige Polen wie auch das heutige Ungarn in etwas Produkte der Ereignisse von 1956 (und gleichzeitig wie alle andern Volksdemokratien Produkte einer kommunistischen Diktatur). In Ungarn wurde die Revolution niedergewalzt. Kadar übernahm im Zeichen des Terrors die Macht, milderte sie in den letzten Jahren in zunehmenden Revisionismus ab und kam zu seinem ungarischen Losungswort: «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.»

In Polen führten die Unruhen von Posen und Warschau nicht zur Revolution, sondern zum Nachgeben. Gomulka trat mit dem Nimbus eines Märtyrers des Stalinismus und eines Patrioten an die Spitze der Partei. Seine Bewegung begann sehr revisionistisch, wurde es aber zusehends weniger. Sachte zog er die Schraube an, Drehung für Drehung, zuweilen wieder etwas rückwärts drehend, wenn der Stahl nicht richtig ins Gefüge biss.

Recht früh zeigte sich dies im Fall der sogenannten Arbeiterräte in den Betrieben. Diese Organisationen zur Vertretung der Belegschaftsinteressen erkämpften sich 1956/1957 eine echte politische Rolle. Doch wurde diese bereits 1959 nach einer intensiven propagandistischen Vorbereitung hinfällig gemacht. Zur beschlussfähigen angeblichen «Arbeiterautonomie» wurden den Arbeiterräten (die direkt von den Arbeitern gewählt werden) Vertreter der Partei und (parteihörigen) Gewerkschaften in gleicher Anzahl beigegeben, so dass die direkten Vertreter der Arbeiterschaft jederzeit im Verhältnis von 2:1 überstimmt werden können.

Auch formell ging Gomulka zu verschärftem Kurs über. So erschien vor anderthalb Jahren der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch, das unter anderem die Todesstrafe für 24 meist staatsfeindliche Delikte vorsah. Allerdings reagierten hier Rechtskreise und Oeffentlichkeit so vehement, dass die Regierung nach einigen Monaten das Projekt zurückzog und eine Umarbeitung in Aussicht stellte. Seither schweigt man darüber. Die Rechnung mit den allzu diskussionseifrigen Juristen wurde — typisch für Gomulkas Taktik — auf andere Weise beglichen. Der Advokatenstand wurde Ende Dezember letzten Jahres vollständig kollektiviert und dem Justizministerium untergeordnet. Der Anlass diente gleichzeitig einer Säuberung: in die neugebildeten «Advokatenkolchosen» wurden nur genehme Rechtsanwälte aufgenommen. Der übrige Kampf gegen den sogenannten «Privatsektor» wurde vorwiegend mit indirekten Mitteln ausgetragen. Bei den Medizinern etwa durch die Gründung von Aerztegenossenschaften oder durch die Zuweisung von Aerzten in bestimmte Gebiete. Doch ist dieser Beruf nicht völlig kollektiviert.

Private Handwerker und Kleinhändler werden aus wirtschaftlicher Notwendigkeit noch geduldet, doch ist in den letzten beiden Jahren die Zahl der Privatbetriebe infolge der Steuerpolitik ständig zurückgegangen. Dieser Sommer hat jetzt freilich eine flexiblere Steuerpraxis gebracht (etwa in bestimmten Fällen des Gastgewerbes), doch kann das den Trend der letzten beiden Jahre nicht aufwiegen.

In der Landwirtschaft hat die Kollektivierung, die 1956 rückgängig gemacht worden war, eine behutsame Erneuerungsbewegung gemacht. Auf die in den kommunistischen Staaten häufigste Form, die Kolchose oder Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) hat dabei Polen weitgehend verzichtet; die LPGs nehmen nur ein Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Dafür umfassen die Staatsgüter oder Sowchosen immerhin 13 Prozent des bebaubaren Bodens, während der Rest von Kleinbauern bearbeitet wird. Teilweise sind diese bereits in Agrarzirkel zusammengefasst, die als eine niedrige Form von Kollektivwirtschaften und möglicherweise als eine Vorstufe dazu zu betrachten sind.

Wenn aber die Weltöffentlichkeit auf Gomulkas Salamitaktik (sie zeigte sich u. a. auch in der Ausschaltung des Religionsunterrichts aus den Schulen und seiner zunehmend schikanösen Regelung) aufmerksam wurde, so geschah das diesen Frühling auf Grund eines heftigen Aufbegehrens, dessen die Polen noch immer fähig sind. Es war dies der berühmte

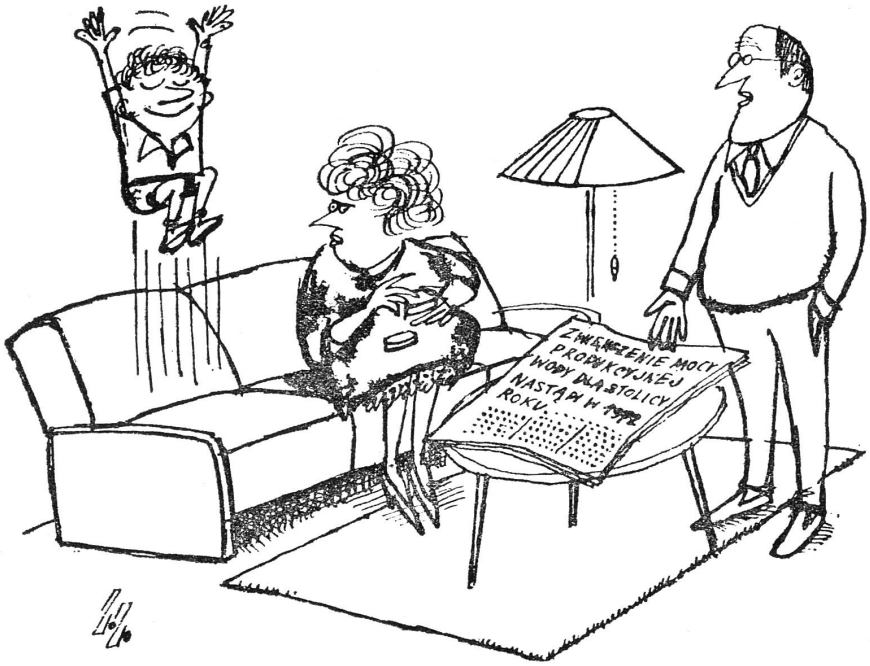
Brief der 34

Schriftsteller und Wissenschaftler an Ministerpräsident Cyrankiewicz vom 14. März. Die Unterzeichneten, Kommunisten und Nichtkommunisten, Naturwissenschaftler und Künstler, Redaktoren und Schriftsteller, beschwerten sich über staatliche Zensur und mangelnde Papierzuteilung an Zeitungen, die mit der Parteilinie nicht genügend konform gingen. (Drastische Herabsetzung der Papierdotation war ein beliebtes Mittel des Regimes gegen Unbotmässigkeit von publizistischer Seite gewesen.) Der Protest entwickelte sich zum spektakulärsten Ereignis in Polen seit 1956.

In dieser Angelegenheit geriet nun Gomulkas Regime ins Schwimmen. Es griff zunächst zu Strafen, ohne die Angelegenheit in der Oeffentlichkeit zu erwähnen, dann angesichts eines Proteststurms aus aller Welt hob es einige Massnahmen auf, um dafür eine heftige Propagandakampagne zu starten, und schliesslich traute es sich nicht, auf dem Parteikongress den erwarteten Schlusspunkt so oder so zu setzen.

Uebrigens hatten die Unterzeichner erst dann ihren Brief aufgesetzt, als ihre normal erhobenen Stimmen nicht angehört wurden. Bereits im Dezember 1963 hatte der Präsident des polnischen Schriftstellerverbandes, Jaroslaw Iwaszkiewicz, in der Monatszeitschrift «Tworczosc» einen offenen Brief bezüglich ungenügender Papierzuteilung veröffentlicht. Auf der Januarversammlung des Schriftstellerverbandes war darüber hinaus noch die Zensur beklagt worden, und Anfang März unterbreitete eine Gruppe von Schriftstellern diese Klagen dem Chef des Kulturdepartements im Zentralkomitee, Wincenty Krasko. Später sollte sich die Parteipresse höchlich darüber entrüsten, dass die Unterzeichner Polen «vor der Weltöffentlichkeit zu erniedrigen» suchten, statt ihre Beschwerden «gemäss den Normen unserer Gesellschaft» vorzutragen.

Der Brief, vom 14. März datiert, wurde dem Regierungschef am 19. März vom Dichter



Aus der Zeitung ist zu erfahren, dass die Warschauer Wasserversorgung erst 1972 erweitert wird: «Er freut sich, dass er erst ab 1972 baden muss.» («Szpilki», Warschau.)

Antoni Slonimski übergeben. Genau eine Woche später brachten Reuter und UPI die ersten Berichte darüber. Von da an häuften sich im Westen Sympathie-Erklärungen. Der PEN-Club (15. April), die europäische Schriftstellervereinigung COMES (24. April), der Internationale Verband freier Journalisten (1. Mai) nebst zahlreichen Gruppierungen von wissenschaftlichen oder künstlerischen Kreisen erklärten sich mit den polnischen Unterzeichnern solidarisch oder gelangten gar an den UNO-Generalsekretär. Selbst vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus kam die Angelegenheit zur Sprache. Besonders peinlich für das polnische Regime aber war, dass sich die Reaktion nicht nur auf Leute oder Gruppen beschränkte, die man als «wütende Antikommunisten» abstempeln konnte. So gab auch die italienische KP-Zeitung «Unità» ihrem Verständnis für die Eingabe Ausdruck und informierte ihre Leser sogar mit einem Exklusivbericht (15. April) über eine Solidaritätskundgebung der Warschauer Studenten.

Was geschah in Polen in der Zeit? Am 27. März wurde ein J. J. Lipski festgenommen und verhört, da er unter Verdacht stand, Unterschriften für den Brief gesammelt zu haben. Am 13. April wurde dem Mitunterzeichner Jan Pott, einem Literaturkritiker, der Pass entzogen. Einen Tag später wurde der Zeitschrift «Tygodnik Powszechny», deren Chefredaktor Jerzy Turowicz ebenfalls zur Gruppe der 34 Intellektuellen gehörte, die Papierzuteilung um 25 Prozent gekürzt. In der satirischen Zeitschrift «Szpilki» fiel Slonimskis Rubrik aus. Westliche Quellen berichteten von zahlreichen andern Massnahmen gegen die Autoren des Protestschreibens. Mit einem diesbezüglichen Dementi zuhanden westlicher Presseagenturen gab übrigens die polnische Regierung am 18. April erstmals die Existenz des Briefes zu. Es verging aber noch eine volle Woche, bis mit dem Erscheinen der Zeitschrift «Politiyka» vom 25. April auch die polnische Oeffentlichkeit davon offiziell erfuhr. Dann allerdings kam eine gewaltige Pressekampagne in Gang. Tenor: «Schämen sollt ihr euch, das eigene Nest zu besudeln.» Zuvor hatten bereits zehn betroffene Professoren in einem Brief an die Londoner «Times» sich vom westlichen Entrüstungssturm distanziert und die ganze Angelegenheit als rein polnisch bezeichnet. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit, dass Cyrankiewicz am 8. April einige Unterzeichner empfangen habe. Am 4. Mai nahm Gomulka persönlich, aber indirekt den Kontakt auf, als er eine Abordnung des polnischen Schriftstellerverbandes empfing. Mitte Mai konnte dann Jan Pott, dem eine Pariser Vorlesung gesperrt worden war, nach Wien reisen. Auch erfuhr man, dass die Papierkontingente einiger Zeitungen wieder erhöht worden waren. Die Kampagne freilich ging weiter. Die Angelegenheit war noch nicht begraben.

Wer erwartet hatte, dass der Parteikongress, der vom 15. zum 20. Juni dauerte, in dieser Hinsicht eine spektakuläre Entscheidung bringen werde, musste erkennen, dass die Partei noch andere Sorgen hatte. Neben den erwähnten Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung hatten sich die Delegierten mit dringenden wirtschaftlichen Fragen zu befassen. Bereits gab auch Gomulka die Richtlinien für den nächsten Fünfjahresplan 1966 bis 1970 bekannt. Aber unterdessen hat man noch mit dem gegenwärtig gültigen Fünfjahresplan von 1961 bis 1965 zu tun.

Sorgen am Kongress: Arbeitslosigkeit droht.

Zu den dringendsten Anliegen der polnischen Volkswirtschaft gehört die Aufrechterhaltung der ohnehin schon mehr fiktiven als realen Vollbeschäftigung. Gomulka begründete die kommende Investitionspolitik, die mehr Investitionen vorsieht als eigentlich dem Nationaleinkommen entsprechen würde, damit, dass sonst 400 000 Personen ohne Arbeit blieben.

Schon im März hatte der polnische Parteichef bis 1970 die Schaffung von 1 500 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gefordert. Das Gespenst der drohenden Arbeitslosigkeit hängt damit zusammen, dass jetzt und in den kommenden Jahren kinderreiche Jahrgänge ins «Produktionsalter» kommen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre werden etwa dreieinhalb Millionen Jugendliche die Schulen verlassen und das Heer der Arbeitsuchenden verstärken.

Man sollte denken, dass gerade die Planwirtschaft für solche Erscheinungen hätte Vorkehren treffen können, aber dem ist offenbar nicht so. Laut Fünfjahresplan hatte man — und zwar nur für die staatseigene Wirtschaft! — für dieses Jahr 7 574 400 Beschäftigte vorgesehen. Aber der diesjährige Volkswirtschaftsplan musste die Zahl bereits mit 7 941 800 angeben, also 374 600 mehr als vor vier Jahren berechnet. Was noch auf dem Privatsektor (namentlich der Landwirtschaft) dazu kommt, ist nicht bekannt. Gegenwärtig wird nicht von Arbeitslosigkeit gesprochen, aber indirekt scheint sie in einer Verlautbarung zugegeben, worin versichert wird, es könnten alle Arbeitsuchenden eine Arbeit finden, wenn sie sich entschlössen, in andere Gegenden des Landes umzusiedeln (was leichter gesagt als getan ist, schon bloss der Unterkunftsfrage wegen). Laut einer westlichen Schätzung wären jetzt schon eine halbe Million Arbeitsfähige ohne Vollbeschäftigung.

Einen kleinen Hinweis auf die Lage kann auch die Meldung geben, dass etwa hundert polnischen Bergarbeitern mit ihren Familien die Ausreise nach Frankreich (für ein Jahr) gestattet wurde. In der Tschechoslowakei, wo im Gegenteil die Arbeitsreserven erschöpft sind, sind etwa 4500 bis 5000 Polen vor allem als Bergleute beschäftigt, wobei man innerhalb der nächsten sechs Jahre diese Zahl auf 10 000 erhöhen will. Mit einem grösseren Zuzug wäre offenbar beiden Ländern geholfen, aber offensichtlich lässt das Verhältnis zwischen den Bruderländern eine freiere Regelung nicht zu. Abgesehen davon könnten auch Ostdeutschland (Fluchtbewegung bis 1961) und Bulgarien (Facharbeiter zum Aufbau der Industrie) zusätzliche Kräfte brauchen. Für Ungarn mag

«Möchten Sie genossenschaftliche oder private Bedienung?» («Szpilki», Warschau.)

sich das Problem später stellen, da die geburtenschwachen Jahrgänge der letzten Jahre sich noch nicht in Personalknappheit auswirken. Jedenfalls hat hier Polen ein besonderes Problem (ausserhalb des Comecons kennt es noch Jugoslawien), das sich in Zusammenarbeit mit den Bruderländern zu allseitigem Vorteil lösen oder doch mildern liesse. Aber anscheinend ist das Comecon dazu nicht geeignet.

Landwirtschaft mit Vorrang

Im übrigen will Polen jetzt an die Sicherstellung seiner Ernährungsgrundlage gehen. Die Investitionen für Landwirtschaft sollen forciert werden, nachdem man sie bisher vernachlässigt hat. Diese Einsicht dürfte durch den sowjetischen Agrarrückschlag vom letzten Jahr gefördert worden sein. Kunstdünger und moderne Maschinen fehlen immer noch stark. Die Bebauung erfolgt extensiv. Das zeigen auch Ertragsvergleiche: 1960 wurden etwa in Grossbritannien 35,7 Zentner Weizen pro Hektare geerntet, in der Bundesrepublik 35,6, in Ostdeutschland 34,8, in der Tschechoslowakei 23,3, in Polen dagegen nur 16,9. Auf 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche entfielen in Polen 42,6 Stück Vieh, in Belgien 155, in Holland 152, in Dänemark 108, in der Bundesrepublik 87, in Ostdeutschland 69, in Frankreich 54 und in der CSSR 59 Stück. Gomulka zog neuere Vergleiche mit den westeuropäischen Ländern allein: Darnach produziert Polen pro Hektare 17,3 Zentner Getreide, Frankreich 24,7, die Bundesrepublik 31,7, Belgien 38,4 und Dänemark 37,5.

Nun werden die Landwirtschaftsinvestitionen im kommenden Fünfjahresplan im Vergleich zur gegenwärtigen Planperiode um 60 Prozent erhöht. Innerhalb dieses Programmes werden die Staatsgüter mit Vorrang entwickelt. Sie erhalten einen Viertel aller landwirtschaftlichen Investitionen, obwohl sie nur einen Achtel der landwirtschaftlichen Nutzf läche einnehmen. C. B.